



EVP-ED



EUROPA-AKTUELL

März/April 2008

Reimer Böge

Mitglied des Europäischen Parlaments



Liebe Leserinnen und Leser,

anlässlich des 50. Jahrestages der Konstituierung der Europäischen Parlamentarischen Versammlung am 19. März 1958 erinnerte der Präsident des Europäischen Parlaments, Hans-Gert Pöttering in einer Feierstunde im EP an die spannende Entwicklung der parlamentarischen Demokratie in der Europäischen Union. Vor fast genau fünfzig Jahren, am 19. März 1958, trat in Straßburg - im damaligen "Maison de l'Europe" - erstmals die gemeinsame Parlamentarische Versammlung der drei Institutionen: der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, der Europäischen Atomgemeinschaft und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl zusammen, bestehend "aus Vertretern der Völker, der in der Gemeinschaft zusammengeschlossenen Staaten", wie es in den Römischen Verträgen hieß, welche wenige Wochen zuvor in Kraft getreten waren.

Schon kurz nach der Gründungsversammlung begannen unsere Vorgänger, ihre Institution informell als "Europäisches Parlament" zu bezeichnen - eine Formulierung, die in den Gründungsverträgen der Europäischen Gemeinschaften nicht vorkam. Vier Jahre später, im März 1962, fasste die Parlamentarische Versammlung dann auch den Beschluss, sich selbst als "Europäisches Parlament" zu bezeichnen.

Heute sind wir im EP 785 Abgeordnete aus 27 europäischen Nationen. Wir vertreten über 150 nationale politische Parteien, von denen die meisten in sieben Fraktionen zusammengeschlossen sind. Wir sind gemeinsames Legislativ- und Haushaltsorgan, gleichberechtigt mit dem Ministerrat. Wir kontrollieren die Europäische Kommission, wählen ihren Präsidenten oder Präsidentin, und die Kommission bedarf, um ins Amt zu kommen, unseres Vertrauens. Wir sind Anwalt für den Vorrang des Gemeinschaftsrechts. Um es auf den Punkt zu bringen: Wir sind die Bürgerkammer der Europäischen Union.

Zu einer Bestandsaufnahme der letzten 50 Jahre gehört vor allem ein Ausblick in die Zukunft. Wir sollten uns selbstkritisch daran erinnern, welche Aspekte des europäischen Parlamentarismus bis heute unbefriedigend bleiben. So muss man als erstes erwähnen, dass im Gegensatz zu den nationalen Parlamenten uns bis heute die Möglichkeit fehlt, im Rahmen des Haushaltsverfahrens über die Erhebung eigener finanzieller Ressourcen zu entscheiden. Zweitens geht mit einer Parlamentsherrschaft üblicherweise einher, dass es eine parlamentarische Kontrolle des Militärwesens gibt. Die gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union bleibt jedoch unvollendet, ohne eine vernünftige Verbindung nationaler und europäischer Verantwortung. Drittens fehlt uns noch immer ein gemeinsames, einheitliches Wahlrecht. Damit fehlt uns eine wichtige Voraussetzung, um wirkungsvolle europäische Parteien zu haben, die mit gemeinsamen Listen bei den Wahlen zum Europäischen Parlament antreten.

Die Europäische Union ist eine Wertegemeinschaft. Unsere Institutionen sind kein Selbstzweck, sie dienen unseren Werten: der Würde des Menschen, den Menschenrechten, der Demokratie, dem Recht, dem wirtschaftlichen und sozialen Wohlergehen, sie dienen den Prinzipien von Solidarität und Subsidiarität. Europa bedeutet: Respekt voreinander, Achtung unserer Vielfalt, Achtung der Würde aller unserer Mitgliedsländer, der großen wie der kleinen. Diese Achtung lässt sich nicht verordnen, sie ist aber die notwendige Bedingung für unser gegenseitiges Verständnis und für unser gemeinsames Handeln. Die Achtung des europäischen Rechts, das uns friedlichen Interessenausgleich und die friedliche Lösung von Konflikten ermöglicht, muss immer erneut ergänzt werden durch die ungeschriebenen Regeln unseres europäischen Zusammenlebens: Achtung und Respekt voreinander. Zu dieser Achtung voreinander - wo immer wir politisch stehen - möchte ich uns ermuntern und aufrufen.

Wenn uns diese gegenseitige Achtung gelingt - Toleranz füreinander bei Wahrung unserer eigenen Überzeugungen, aber Verpflichtung zur Kompromissbereitschaft - können die Europäische Union und das Europäische Parlament ein Modell für den Frieden in der Welt sein.

Das jetzige Jubiläum ist auch Gelegenheit an die schleswig-holsteinischen Abgeordneten zu erinnern, die sich der faszinierenden und komplexen Aufgabe gestellt haben, das Zukunftsprojekt der Europäischen Union in den verschiedenen Etappen parlamentarisch zu gestalten.

Der erste CDU-Abgeordnete der damaligen Parlamentarischen Versammlung - entsandt vom Deutschen Bundestag - war der spätere Landwirtschaftsminister und stellvertretende Ministerpräsident Ernst Engelbrecht-Greve. Er war von 1958-1962 unter dem Vorsitz von Robert Schumann an der Schaffung der Grundlagen der europäischen Demokratie beteiligt. Gern erinnere ich mich an unsere Gespräche und die guten Ratschläge anlässlich der Europawahl 1989.

Es folgte Hans-Jürgen Klinker, MdB, von 1963 bis 1973 und von 1977 bis 1979. In den großen agrarpolitischen Auseinandersetzungen um die so genannten "Mansholt-Pläne" 1969/70 und um die Sicherung einer markt- und leistungsorientierten gemeinsamen Agrarpolitik spielte er eine außerordentlich prägende Rolle in Deutschland und in Europa.

1979 mit der ersten Direktwahl des EPs wurde der frühere Ministerpräsident und Bundestagspräsident Kai-Uwe von Hassel zum ersten direkt gewählten Abgeordneten Schleswig-Holsteins gewählt. Unvergessen - und damals von Rot/Grün angefeindet und massiv kritisiert,

ist sein Vorschlag zur Wiederbelebung des Vorschlages einer "Europäischen Verteidigungsgemeinschaft". Heute ist die Stärkung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik über den Reform-Vertrag weitgehend unbestritten und die Bürger erwarten insbesondere hier ein glaubwürdiges europäisches Engagement.

1984 wurde mit Leo Späth, MdL, der europapolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion gewählt. Er arbeitete in den Ausschüssen für Energie, Forschung und Technologie, sowie ab 1986 im Agrar- und Fischereiausschuss und verfasste u.a. einen viel beachteten Parlamentsbericht über die Folgen des Reaktorunfalls in Tschernobyl. Persönlich möchte ich hinzufügen, dass mir Herr Späth 1989 bei meinem Einstieg in die Arbeiten der Fraktion und der Ausschüsse sehr geholfen hat.

1999 konnte die CDU Schleswig-Holsteins sogar zwei Mandate erringen. Christian von Boettcher, unser Umwelt- und Landwirtschaftsminister, hat insbesondere im Echelon-Untersuchungsausschuss zum globalen Abhörsystem für Telekommunikation große Aufmerksamkeit erzielt.

Mit der Umsetzung des zurzeit in der Ratifikation befindlichen Reformvertrages wird Europa bürgernäher. Außerdem werden wir uns stärker auf die wichtigen Aufgaben im Zuge der Globalisierung konzentrieren können. Die Rolle des Parlamentes wird noch wichtiger und entscheidender. Damit werden die Europawahlen im Juni 2009 in ihren politischen Auswirkungen die politischen Entwicklungen in der EU entscheidend mitprägen.

Mit herzlichen Grüßen
Ihr Reimer Böge



Bild:
Parlamentspräsident Hans-Gert Pöttering und das Europäische Jugendorchester. Anlässlich der Feier gab das Europäische Jugendorchester ein Konzert im Plenarsaal, das mit der EU-Hymne Ode "An die Freude" von Ludwig van Beethoven endete. (Foto: EVP-Fraktion).

Ausgewählte Themen der letzten Plenartagungen in Straßburg/ Brüssel: Europäisches Parlament stimmt für eine EU-Saldierung und eine freiwillige Milchquotenerhöhung

Das Plenum des Europäischen Parlaments hat auf seiner Plenarsitzung im März den Bericht zur Reform der EU-Milchmarktordnung mit großer Mehrheit angenommen. Der Bericht spricht sich für eine freiwillige Quotenerhöhung um zwei Prozent aus. Diese soll jedoch auf das Milchmarktjahr 2008/2009 begrenzt bleiben und zudem durch einen europäischen Saldierungsmechanismus ergänzt werden. Der ursprüngliche Vorschlag der Kommission, die EU-Milchquoten pauschal und linear um 2 Prozent zu erhöhen wird damit als zu unflexibel zurückgewiesen. Hinzu kommt eine ohnehin im Rahmen der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) festgelegte Quotenerhöhung um 0,5 Prozent in 11 Mitgliedstaaten. Dies entspricht einer zusätzlichen Produktionskapazität von 700.000 Tonnen Milch. Auch deshalb ist die Saldierung ungenutzter Quoten sinnvoll. Angesichts der zum Teil weit auseinander gehenden Auffassungen über die Anpassung der Quoten handelt es sich bei der jetzt gefundenen Lösung um einen Kompromiss, der es erlaubt, auf die Marktentwicklung flexibel zu reagieren.

Darüber hinaus wird die Kommission in dem Bericht aufgefordert, zwei Studien zum Verbraucher- und zum Produzentenverhalten auszuarbeiten. Bis spätestens 1. Januar 2009 soll die Kommission eine Analyse der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Auswirkungen der Anhebung der Milchquoten vorlegen, wobei insbesondere die Auswirkungen auf benachteiligte Gebiete berücksichtigt werden sollen. Eine weitere Studie soll das Verbraucherverhalten in Bezug auf den Milchmarkt sowie die besonderen Gegebenheiten der Milchproduktion in benachteiligten Regionen analysieren. Eindeutig fordert das Parlament die Einrichtung eines Milchfonds, um diejenigen Mitteleinsparungen, die sich aus der GAP-Reform ergeben, für den Milchsektor zu erhalten und eine zukunftsorientierte Förderung des gesamten Sektors zu ermöglichen. Die EU-Kommission wird weiter in dem Bericht aufgefordert im Hinblick auf weitere Entwicklungen im Milchsektor das Votum des Parlaments in ihren Legislativvorschlag zur Halbzeitbewertung der GAP-Reform einfließen zu lassen. Gerade bei einem besonders sensiblen Produkt wie der Milch müssen die Landwirte eine Chance haben, im Sinne der Nachhaltigkeit zu angemessenen Preisen produzieren zu können. Mittlerweile erfolgte der Ratsbeschluss für die Quotenerhöhung. Deutschland und Österreich stimmten dagegen. Frankreich enthielt sich der Stimme.



Bild: Reimer Böge MdEP, Véronique Mathieu MdEP (Frankreich) und Michel Barnier (französischer Landwirtschaftsminister) anlässlich einer Veranstaltung zur Zukunft der EU-Agrarpolitik (Foto: Büro Mathieu)

Für eine Überprüfung der Gemeinsamen Agrarpolitik ohne Systembrüche

Mit klarer Mehrheit hat das Plenum des Europäischen Parlaments den Bericht zur Bewertung ('Health Check') der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) angenommen. Bei dieser Bewertung handelt es sich nicht um eine grundlegende Reform der GAP. Der Health Check soll vielmehr die bestehende Politik auf Basis der seit der letzten Reform 2003 gewonnenen Erkenntnisse weiter modernisieren und an geänderte Umstände anpassen. Die Kommission soll die Stellungnahme des Parlaments deshalb angemessen berücksichtigen, denn sie ist eine nützliche Grundlage für die anstehenden Verhandlungen. Ziel der Halbzeitbewertung ist es die GAP in Richtung von mehr Eigenverantwortlichkeit und Marktorientierung weiter zu entwickeln. Aspekte der Nahrungsmittelsicherheit, der sozialen und umweltpolitischen Verantwortung sowie der Agrarmärkte müssen dabei gewährleistet werden. So sollen mehr Flexibilität für die Mitgliedstaaten, also mehr Möglichkeiten zur Entkoppelung und die Loslösung von historischen Referenzwerten bei der Produktion erreicht werden. Angesichts der Marktlage darf dieser Prozess allerdings nicht zu Strukturbrüchen führen, wie etwa bei den Tierprämien oder bei einigen kleineren Marktordnungen, von denen eine regional bedeutsame Verarbeitungsindustrie abhängt. Die Agrarstrukturen in Europa sind sehr unterschiedlich. Nicht alle Probleme können mit einem Instrument gelöst werden. Das Parlament hat sich deshalb für die Einführung eines neuen flexiblen Instruments zur Förderung regionaltypischer Sektoren sowie zur Schaffung einer Grundabsicherung und des Risikomanagements im Krisenfall ausgesprochen. Die Landwirte müssen außerdem Planungssicherheit erwarten können. Es ist deshalb unangebracht, wenn nur vier Jahre nach der letzten GAP-Reform bereits wieder über zweistellige Kürzungen bei den Einkommensbeihilfen diskutiert wird. So wird Vertrauen zerstört, zumal der Großteil der von der Kommission angestrebten Kürzungen Deutschland und darunter insbesondere Ostdeutschland, aber auch Schleswig-Holstein, betreffen würde. Dies wäre nicht nur unsozial, sondern würde auch die Schaffung wettbewerbsfähiger Strukturen beeinträchtigen. Stattdessen muss der Schwerpunkt noch stärker auf Qualitätsproduktion und Nachhaltigkeit gesetzt werden.

Außerordentliche Plenarsitzung zur Lage in Tibet

Anlässlich der besorgniserregenden Ereignisse, die in Lhasa, der Hauptstadt Tibets, sowie in anderen chinesischen Städten seit dem 10. März stattgefunden haben, hat das Europäische Parlament am 26.03.2008 eine Debatte über die Lage in Tibet geführt. Dabei bestand weitgehende Einigkeit zwischen den Fraktionen, dass das gewaltsame Vorgehen der chinesischen Führung in Tibet nicht hinnehmbar ist. Einige Abgeordnete sprachen sich für einen Boykott - zumindest der Eröffnungsfeierlichkeiten - der Olympischen Spiele in China aus. EP-Präsident Hans-Gert Pöttering gab im Rahmen der außerordentlichen Plenarsitzung eine Erklärung zur Lage in Tibet ab. Daran schlossen sich Erklärungen von Rat und Kommission an, sowie Stellungnahmen der Fraktionssprecher und einiger Europaabgeordneten. Pöttering wies darauf hin, dass das EP sich schon seit vielen Jahren entschlossen für die Beachtung der Menschenrechte in Tibet einsetze. Immer wieder habe man in zahlreichen Entschließungen einen konstruktiven Dialog der chinesischen Führung mit dem Dalai Lama sowie die Beachtung der Menschenrechte des tibetischen Volkes gefordert. Weiter erklärte Pöttering seine Solidarität mit dem Dalai Lama, als einer Persönlichkeit des Friedens, der Verständigung und des Ausgleichs. Es dürfen nicht zulassen werde, den Dalai Lama in einen Zusammenhang mit dem Terrorismus zu bringen. Thomas Mann, CDU-Europaabgeordneter und Vorsitzender der "Tibet Intergroup" des Europäischen Parlaments stellte anschließend im Namen der EVP-ED-Fraktion im Plenum fest: „Es ist eine Tatsache, dass China beim Minderheitenschutz und bei den Menschenrechten internationalen Standards nicht genügt. Daran hat leider auch die Vergabe der Olympischen Spiele nach Peking, anders als ursprünglich beabsichtigt, nichts geändert“. Weiter betonte Mann, dass China die kulturelle und religiöse Autonomie Tibets wieder herstellen und den freien Zugang von und nach Tibet einschließlich der Medien gewährleisten sowie seine Propaganda gegen die tibetische Opposition einschließlich des Dalai Lama einstellen müsse. Dazu gehöre ausdrücklich auch eine faire und vor allem umfassende Information der

chinesischen Öffentlichkeit, die bisher über die tatsächlichen Ereignisse in Tibet systematisch belogen werde.

Supermarktketten – Machtmissbrauch

Das Parlament will den Machtmissbrauch durch große Supermarktketten stoppen. Die Kommission wurde aufgefordert, die Auswirkungen von Supermarktketten auf Kleinunternehmen, Zulieferer, Bauern, Arbeitnehmer und Verbraucher zu untersuchen und geeignete Maßnahmen – einschließlich Regulierung – vorzuschlagen. Ziel ist der Schutz von Verbrauchern, Arbeitnehmern und Herstellern vor jeglichem Missbrauch einer beherrschenden Stellung. Auch der Verlust an Einzelhandelsverkaufsstellen und an Produktvielfalt soll in die Untersuchungen mit einbezogen werden.

Intelligente Energie Europa

Das Förderprogramm „Intelligente Energie Europa“ (IEE) wird fortgesetzt. Dafür stehen rund 47 Mio. € zur Verfügung. Der maximale EU-Zuschuss für ein Projekt liegt bei 75% der Gesamtkosten. Schwerpunkte der aktuellen Ausschreibungsrunde sind u.a.:

- Energieeffizienz und rationelle Energieverwendung (SAVE)
- Nutzung der neuen und erneuerbaren Energien (ALTENER)
- Initiativen für mehr Energieeffizienz im Transportbereich und alternative Fahrzeugantriebe (bis 2005) (STEER)

Gefördert werden z.B. Pilotaktionen, Studien, Informations- und Ausbildungsmaßnahmen (einschließlich Ergebnisverbreitung), Einrichtung neuer lokaler und regionaler Energiemanagement-Agenturen sowie Zuschüsse zu Veranstaltungen und Konferenzen. Teilnehmen können alle öffentlichen oder privaten Organisationen aus der EU. Die Antragsfrist wird im Sommer 2008 enden. Der Projektträger, das Forschungszentrum Jülich (Wilhelm-Johnen-Straße, 52428 Jülich) ist Nationale Kontaktstelle. In dieser Funktion informiert der Projektträger über Förderthemen und Förderinstrumente und berät bei der Antragstellung.

Pressemitteilungen:

1.) Reimer Böge: Effektive Arbeit der Haushaltskontrolleure zeigt Wirkung

Die Arbeit der Haushaltskontrolleure des Europäischen Parlaments wird von dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses Reimer Böge ausdrücklich gewürdigt: "Besonders der zupackenden Art und der konstruktiven Kritik des Haushaltskontrollausschusses an der Arbeit der Kommission ist es zu verdanken, dass die für Strukturfonds und Außenpolitik verantwortlichen Kommissare Hübner, Spidla und Ferrero-Waldner wichtige Zusagen getroffen haben."

Ausgangspunkt der Parlamentskritik war die hohe Fehlerquote von Zahlungen durch die Mitgliedstaaten bei den Strukturfonds und die unklare Wiedereinziehungsquote nach unregelmäßigen Zahlungen. Weiter gab es vielfältige Kritik an den sehr unterschiedlichen Aussagen der Kommission zur Wiedereinziehung. Nun kündigten die beiden für die Strukturpolitik zuständigen Kommissare Spidla und Hübner an, den neuen Aktionsplan mit 37 Maßnahmen zur Verringerung unregelmäßiger Zahlungen in den Strukturfonds durch die Mitgliedstaaten strenger zu überwachen und alle drei Monate dem Parlament hierzu Rechenschaft abzulegen. Außerdem will die Kommission auf Druck des Parlaments zusammen mit dem Europäischen Rechnungshof ein einheitliches Berichtsschema zur Wiedereinziehung erarbeiten. "Das sind positive Entwicklungen der europäischen Haushaltsführung", lobt Reimer Böge. Weiter betont der schleswig-holsteinische CDU-Abgeordnete, dass unregelmäßige Zahlungen immer korrigiert werden müssen, auch gegen den Widerstand der Mitgliedstaaten. Das neue Sanktionssystem, das seit 2007 an das der Landwirtschaft angeglichen wurde bietet dazu gute Möglichkeiten. Allen Mitgliedstaaten die ihre Kontrollsysteme nicht verbessert haben, drohen nun hohe Zahlungen.

Bei der Außenhilfe ist die Nachvollziehbarkeit und Sichtbarkeit der EU-Gelder weiterhin umstritten. Daher bot Kommissarin Ferrero-Waldner regelmäßige Treffen mit den internationalen Verantwortlichen an und will die entsprechenden Abkommen mit der UNO in diesem Punkt neu verhandeln, auch um die Offenlegung der Geldempfänger, die seit 2007 in der EU durchgesetzt ist, zu erreichen. "Das ist ein Schritt zu mehr Transparenz in der Außenhilfe und zeugt, wie bei den Erfolgen in der Strukturpolitik, von der guten Arbeit unserer Haushaltskontrollure des Europäischen Parlaments", so Reimer Böge abschließend.



Bild: Das Europäische Parlament im Frühling in Straßburg. Die Ziffern "58" und "08" weisen auf das mittlerweile 50-jährige Bestehen hin (Foto: EVP-Fraktion)

Terminauswahl:

04.03	Treffen mit der polnischen Unterstaatssekretärin Sidonia Jedrzejewska, Brüssel
04.03	Treffen mit dem Sicherheitsexperten des Rates, Hans-Bernhard Weisserth, Brüssel
05.03	Treffen mit der Besuchergruppe der Seniorenunion Kreisverband Ostholstein, Brüssel
05.03	Gespräch mit dem Fraktionsvorsitzenden der EVP, Joseph Daul, Brüssel
06.03	Wirtschaftsgespräche der CDU/CSU-Gruppe, Berlin
07.03	Termin bei Bundeskanzlerin Dr. Merkel, Berlin
10.03	Sitzung des Haushaltsausschusses, Straßburg
12.03	Gespräch mit Parlamentspräsident Hans-Gert Pöttering, Straßburg
13.03	Gespräch mit Johannes von Thadden (Leiter der Politische Beziehungen bei EADS), Straßburg
17.03	Journalistenseminar zur zukünftigen EU-Finanzierung, Warschau
19.03	CDU-Landesvorstand, Kiel
26.03	Parlamentarischer Abend "Landwirtschaftliche Biokraftstoffe", Brüssel
01.04	Gespräch mit dem französischen Finanzminister Eric Woerth, Brüssel
01.-03.04.	Haushaltsausschuss, Brüssel
07.04	Kreisparteitag CDU Segeberg
10.04	Lions Club, Bad Segeberg
11.04	HEA-Kiel, Seminar Holstenschule, Neumünster
17.04	Vortrag in der HEA-Kiel, Kiel
25.04	Termin mit Hartmut Hammerich MdL, Ostholstein

26.04	CDU-Landesausschuss, Sierksdorf
30.04	Eröffnung der Europawoche, Kiel

Für weitere Informationen:

<http://www.reimerboege.de>

<http://www.epp-ed.eu/home/de/default.asp>

<http://www.euoparl.ep.ec/>

Impressum:

Verantwortlich i.S.d.P. für diese Seiten:

Peter Steven

Tel: 00322/ 2845326

Fax: 00322/ 2849326

Email: reimer.boege-assistant@europarl.europa.eu

Internet: <http://www.reimerboege.de>